

## Inflation in Österreich

Heitzmann, Karin; Staudinger, Jeremias

*DOI:*  
[10.57938/7ac9fe4d-c384-46af-8573-5d1b675e2c7e](https://doi.org/10.57938/7ac9fe4d-c384-46af-8573-5d1b675e2c7e)

Published: 01/01/2023

*Document Version*  
Publisher's PDF, also known as Version of record

[Link to publication](#)

*Citation for published version (APA):*  
Heitzmann, K., & Staudinger, J. (2023). *Inflation in Österreich: Evidenz zu den Folgen für besonders Betroffene, zur Wirksamkeit von Entlastungsmaßnahmen und zu Lücken im Unterstützungsangebot*. WU Vienna University of Economics and Business. INEQ Research Notes Vol. 2023 No. 05 <https://doi.org/10.57938/7ac9fe4d-c384-46af-8573-5d1b675e2c7e>

# Inflation in Österreich

## Evidenz zu den Folgen für besonders Betroffene, zur Wirksamkeit von Entlastungsmaßnahmen und zu Lücken im Unterstützungsangebot



**WAS?** Ziel der Studie war es, erstens die **Auswirkungen der Teuerung auf die am stärksten Betroffenen** zu analysieren und zweitens die **Wirkung der von der Regierung getroffenen Entlastungsmaßnahmen** zu untersuchen.



Karin Heitzmann  
✉ kheitzma@wu.ac.at

**WARUM?** Die enorme Teuerung der letzten beiden Jahre hat einige Haushalte stärker belastet als andere. Das Wissen darüber, **welche Gruppen am stärksten belastet sind** und **wer von den getroffenen Entlastungsmaßnahmen profitiert** bzw. nicht profitiert hat, ermöglicht eine **gezielte und effiziente Unterstützung** bedürftiger Haushalte.



Jeremias Staudinger  
✉ jstauding@wu.ac.at

**WIE?** Die Studie basiert auf **sekundärstatistischen Informationen**. Dabei wurde auf ein breites Repertoire von Datenquellen zurückgegriffen, die systematisch untersucht und ausgewertet wurden.

[ineq.at/inflationoesterreich](https://ineq.at/inflationoesterreich)

Die hohe Teuerung stellt für die Mehrheit der Bevölkerung in erster Linie ein finanzielles Problem dar. Darüber hinaus weisen Studien aber auch auf zum Teil drastische soziale und gesundheitliche Auswirkungen als Folge der finanziellen Belastungen hin.

### KEY-FINDINGS

Die Preissteigerungen etwa im Lebensmittelhandel oder bei den Mieten spüren vor allem einkommensschwache Haushalte besonders, aber auch die untere Mittelschicht gerät zunehmend unter Druck und ist zum Teil bereits in eine finanziell prekäre Lage abgerutscht.

Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen im Jahr 2022 haben die inflationsbedingten Mehrausgaben für das unterste Einkommensdezil (über)kompensiert, nicht aber für die untere Mittelschicht. Werden weitere Einkommenszuwächse im Jahr 2022, wie Lohn- und Pensionserhöhungen sowie die ökosoziale Steuerreform, mit berücksichtigt, so wurden die Haushalte aller Einkommensdezile ausreichend für die Preissteigerungen entschädigt. 2023 wird die Unterstützung laut Prognosen des Budgetdienstes jedoch bei Haushalten der Einkommensdezile 1 bis 7 unter der inflationsbedingten Mehrbelastung liegen.

Die für diesen Bericht analysierten Daten zu den Auswirkungen der Inflation haben gezeigt, dass die hohe Teuerung für viele Menschen in erster Linie ein finanzielles Problem darstellt. Aus diesem Grund hat ein großer Teil versucht, den eigenen Konsum einzuschränken und/oder auf Ersparnisse zurückgegriffen (sofern vorhanden). Einige nahmen auch Kredite auf oder suchten Unterstützung im Angebot der Sozialwirtschaft. Neben den finanziellen Folgen der Teuerung zeigen die Analyseergebnisse auch zum Teil drastische soziale und gesundheitliche Folgen in Form von sozialen Deprivationsmerkmalen (wie z.B. sich keine regelmäßigen Freizeitaktivitäten oder Treffen mit Freund\*innen leisten zu können oder auch die eigene Wohnung nicht mehr warm halten zu können) bzw. psychischen Belastungen.

Die Belastungen durch die Inflation sind für einkommensschwache Haushalte besonders hoch, da sie einen Großteil ihres Einkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse, deren Preise besonders stark gestiegen sind, aufwenden müssen und auch über keine nennenswerten Rücklagen verfügen (auch weil eventuell vorhandene Rücklagen bereits für die Bewältigung der COVID-19-Pandemie verbraucht wurden). In der Gruppe der besonders betroffenen Haushalte finden sich vor allem Alleinerziehende, Haushalte mit mehreren Kindern und Haushalte, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Innerhalb dieser Haushaltsgruppen gibt ein deutlich höherer Anteil als in der Gesamtbevölkerung in den regelmäßig durchgeführten „So geht’s uns heute“-Umfragen an, zunehmend große Schwierigkeiten zu haben, mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen auszukommen.

Seitens der Politik wurden zahlreiche Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Teuerungskrise gesetzt, die zwar rasch umgesetzt wurden, aber zum Teil sozial wenig treffsicher waren. Nach den Ergebnissen einschlägiger Studien konnten die teuerungsbedingten Mehrausgaben der privaten Haushalte durch die Förderungen aber zumindest bis 2022 ausreichend kompensiert werden, insbesondere wenn man auch die Lohn- und Pensionserhöhungen sowie die ökosoziale Steuerreform als Instrumente des Teuerungsausgleichs berücksichtigt. Die Unterstützungsmaßnahmen für sich betrachtet waren zwar in absoluten Zahlen sehr gleichmäßig über die Einkommensdezile verteilt, in Relation zu den inflationsbedingten Kostensteigerungen entlasteten sie jedoch nur die einkommensschwächsten Haushalte ausreichend (wobei innerhalb dieser Gruppe große Unterschiede im Entlastungsvolumen bestehen). Während einkommensstarke Haushalte die Preissteigerungen auch durch Sparen kompensieren konnten, stellte diese Form der Bewältigung für die untere Mittelschicht eine Herausforderung dar: Wenig überraschend warnen u.a. Vertreter\*innen der österreichischen Sozialwirtschaft davor, dass ein Teil der unteren Mittelschicht aufgrund der Teuerung bereits in eine prekäre finanzielle Lage abgerutscht ist. Diese Situation könnte sich 2023 (abhängig von der Umsetzung weiterer Maßnahmen) sogar noch verschärfen, da der Großteil der Teuerungsmaßnahmen 2022 Einmalzahlungen waren und daher keine längerfristige Unterstützung vorsehen. Nach einer Prognose des Budgetdienstes könnte dies dazu führen, dass 2023 die inflationsbedingte Mehrbelastung für Haushalte der Einkommensdezile 1 bis 7 höher ausfällt als die Einkommenszuwächse.

Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen auch, dass ein gewisser Widerspruch zwischen den Ergebnissen der Bevölkerungsumfragen zur Inflation und den statistischen Daten zur öffentlichen Unterstützung besteht. So wurde in Umfragen die Untätigkeit des öffentlichen Sektors kritisiert. Dies legt die Vermutung nahe, dass einige der ergriffenen öffentlichen Maßnahmen von der Bevölkerung nicht als Unterstützungsmaßnahmen wahrgenommen wurden. Es könnte sich aber auch einfach um eine Diskrepanz zwischen der subjektiven Inflationswahrnehmung und den tatsächlichen Inflationseffekten handeln. Ein weiterer Erklärungsansatz für die Diskrepanz zwischen geleisteter und wahrgenommener öffentlicher Unterstützung ist die Verwendung von Durchschnittswerten bei statistischen Berechnungen der Wirkung von Anti-Inflationspolitiken, die mögliche Ungleichheiten und Lücken in der Unterstützung zwischen verschiedenen Gruppen nur unzureichend erfassen.

POLICY  
IMPLICATIONS

Im Bereich der Haushaltsunterstützung wäre eine **stärkere soziale Treffsicherheit** der Maßnahmen wünschenswert. Damit könnten nicht nur die Staatsausgaben reduziert, sondern auch die wirklich bedürftigen Gruppen, nämlich das einkommensschwächste Drittel, ausreichend unterstützt werden. Dies setzt aber auch die **Erhebung entsprechender Daten** voraus, die eine Identifikation unterstützungsbedürftiger Haushalte erlauben. Solche Daten liegen bisher aber nicht vor. Weiters ist eine **Valorisierung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe** zu empfehlen, da Bezieher\*innen dieser Leistungen in der Regel ohnehin Schwierigkeiten haben, mit ihrem Einkommen auszukommen und auch von den Unterstützungsmaßnahmen des öffentlichen Sektors weniger profitierten als andere Gruppen. Einigkeit besteht jedenfalls darüber, dass **einkommensschwache Haushalte und vulnerable Gruppen weiterhin Unterstützung benötigen** - die Zeit der hohen Teuerung ist noch nicht vorbei.